Stenographischer Bericht

29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VI. Periode — 1. Dezember 1967

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Abg. Dr. Klauser, Karl Lackner und Bert Hofbauer (1036).

Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 438, der Abgeordneten Zagler, Zinkanell, Aichholzer, Loidl und Genossen, betreffend die eheste Instandsetzung einer Brücke im Zuge der Landesstraße Krenhof—Graden (1036);

Antrag, Einl.-Zahl 439, der Abgeordneten Sebastian, Fellingner, Ileschitz, Schön und Genossen, betreffend die Verwendung von Alpine Straßenleitschienen.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 78, zum Antrag der Abgeordneten Bammer, Groß, Psonder, Fellingner und Genossen über die Berücksichtigung von höheren Baukosten bei Errichtung von Wohnungen für Körperbehinderte und alte Ehepaare in Gemeinde- bzw. Genossenschaftsbauten;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 381, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Dipl.-Ing. Fuchs und Buchberger, betreffend die Förderung von hauswirtschaftlichen Frauenberufsschulen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 440, über den Abverkauf eines landeseigenen zum Gutsbestande der landwirtschaftlichen Fachschule Grottenhof-Hafendorf gehörigen Grundstückes an Primar Dr. Bernd Schreiner, Vorstand der med. Abteilung des Landeskrankenhauses Bruck a. d. Mur;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 444, über den Landesvoranschlag 1968, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1968;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 448, betreffend den Abverkauf von landeseigenen zum Gutsbestande des Landesgutes Wagner gehörigen Grundstücken an die Gemeinde Wagner;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 449, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1967 — 2. Bericht;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 450, betreffend die Übernahme der Bundesforstgärten in die Verwaltung des Landes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 451, betreffend Verkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 1706/1 der Liegenschaft EZ. 65 der KG. Waldendorf im Ausmaß von 562 m² an die Stadt Graz zum Kaufpreis von S 196.700.—;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 59, Gesetz über die Aufnahme eines Auslandskredites im Gesamtbetrag von 9 Millionen Schweizer Franken bei der Handelsbank in Zürich durch die Stadtgemeinde Graz zur Finanzierung verschiedener Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 454, betreffend den Ankauf von Grundstücken für die Errichtung eines Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 455, über die Aufnahme eines Darlehens von 70 Millionen Schilling bei der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark zur Finanzierung des Sonder-Wohn- u. Barackenersatz-Bauprogrammes (2. Abschnitt) im Jahre 1967;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 456, betreffend den Abverkauf der landeseigenen Steinbrüche

Burgstall (Landesgut Wagner) und Gamsgebirg (Landesgut Schloßberg) an Ing. Karl Kober;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 405, zum Antrag der Abgeordneten Pözl, Dr. Kaan, Buchberger, Feldgrill, Koller, Dipl.-Ing. Fuchs und Nigl, betreffend die Aussetzung einer Ergreifungsprämie zur Ermittlung der Täter des Minderattentates auf der Porze-Scharte;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 436, zum Antrag der Abgeordneten Fellingner, Brandl, Schön, Ileschitz und Genossen, betreffend den Einsatz der Bundesgendarmerie in St. Stefan ob Leoben; Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, Gesetz über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates für das Land Steiermark.

Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes Klagenfurt, betreffend Abg. Dr. Christoph Klauser, Einl.-Zahl 446;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 284, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Groß und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 285, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen, betreffend Sicherung der Fußgeher, insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 375, zum Antrag der Abgeordneten Groß, Ileschitz, Loidl, Prof. Hartwig und Genossen, betreffend den Ausbau der Landesstraße von der Weinzöttlbrücke bis zur Maut Andritz;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 416, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Ritzinger, Prenner und Karl Lackner, betreffend gezielte Förderungsmaßnahmen für entlegene ländliche Gebiete;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 434, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz und Genossen, betreffend die Aufstockung der Bergbauförderungsmittel;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 442, zum Beschluß Nr. 193 des Steiermärkischen Landtages, betreffend die Aufhebung des Ministerratsbeschlusses vom 3. Oktober 1966 über die Schließung des Bergbaues Bergla und des Karl-August-Schachtes in Fohnsdorf mit 31. März 1967;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 367, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Burger und Karl Lackner, betreffend eine baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse der Dynamitfabrik St. Lambrecht;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 452, zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend die Stundeneinteilung an Polytechnischen Lehrgängen;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 346, zum Antrag der Abgeordneten Nigl, Pabst, Feldgrill und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Errichtung einer zentralen Bundesförsterschule als „Höhere Bundeslehranstalt für Försterdienst“;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 55, Gesetz über die Regelung der Berufsausbildung in der Land- und Forstwirtschaft (Steiermärkisches Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz 1967). (1037).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahl 438 und 439 der Landesregierung (1036);

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 78, 381, 440

Beilage Nr. 56, 57 und 59, Einl.-Zahl 444, 448, 449, 450, 451, 454, 455 und 456 dem Finanz-Ausschuß;

Regierungsvorlagen, zu Einl.-Zahl 405 und 436, Beilage Nr. 58 und Auslieferungsbegehren, Einl.-Zahl 446, dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß;

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 284, 285, 375, 416, 434, 442 und 367 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Regierungsvorlagen, zu Einl.-Zahl 452 und 346 dem Volksbildungs-Ausschuß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 55, dem Landeskultur-Ausschuß (1037).

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Burger, Stöffler, Ing. Koch, Dr. Heidinger, Pabst, Jamnegg und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend erhöhte Eisen- und Stahlverbrauch bei Brücken- und Hochbauten (1037);

Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Nigl und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Rationalisierung der Reinigungsarbeiten in Landesanstalten und sonstigen in der Verwendung durch das Land stehenden Gebäuden;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Burger, Egger und Jamnegg, betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Auszahlung eines Taschengeldes für Befürsorgte, auch wenn sie länger als vier Wochen im Spital sind;

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Jamnegg, Egger, Burger und Lind, betreffend die Erhöhung der Heimleiterinnenzulage in den Bezirksaltersheimen;

Antrag der Abgeordneten Schrammel, Buchberger, Dipl.-Ing. Schaller und Prenner, betreffend eheste Aufnahme der Regulierungsarbeiten an der Feistritz, insbesondere an deren Unterlauf;

Antrag der Abgeordneten Schaffer, Pözl, Ing. Koch und Feldgrill, betreffend eine Abänderung des steirischen Lustbarkeitsabgabegesetzes;

Antrag der Abgeordneten Sebastian, Fellingner, Ileschitz, Schön und Genossen, betreffend den vermehrten Zusatz von Stahlkonstruktionen bei Brückenbauten (1037).

Landesvoranschlag 1968.

Einbegleitungsrede des Ersten Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner-Blazizek (1037).

Verhandlungen:

1. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 400, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Schaffer und Burger, betreffend die Verlegung eines der „Höchstgerichte“ in die Landeshauptstadt Graz.

Berichtersteller: Abgeordneter Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs (1046).

Annahme des Antrages (1046).

2. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 52, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz abgeändert wird (1. KALG.-Novelle).

Berichtersteller: Abgeordneter Gerhard Heidinger (1046).

Annahme des Antrages (1046).

Präsident Dr. Kaan: Hoher Landtag! Ich eröffne die 29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VI. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: Abg. Dr. Klauser, Abg. Karl Lackner und Abg. Bert Hofbauer.

Meine Damen und Herren! In dieser Sitzung wird auch der Landesvoranschlag für das Jahr 1968 eingebracht, zu dem Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek die einbegleitenden Worte sprechen wird.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung habe ich Ihnen mit der Einladung bekanntgegeben.

Erhebt sich dagegen ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Es liegen heute folgende Geschäftsstücke auf:

der Antrag, Einl.-Zahl 438, der Abgeordneten Zagler, Zinkanell, Aichholzer, Loidl und Genossen, betreffend die eheste Instandsetzung einer Brücke im Zuge der Landesstraße Krenhof-Graden; der Antrag, Einl.-Zahl 439, der Abgeordneten Sebastian, Fellingner, Ileschitz, Schön und Genossen, betreffend die Verwendung von Alpine-Strassenleitschienen.

Diese beiden Anträge weise ich der Landesregierung zu.

Dem Finanz-Ausschuß weise ich folgende Geschäftsstücke zu:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 78, zum Antrag der Abgeordneten Bammer, Groß, Psonder, Fellingner und Genossen über die Berücksichtigung von höheren Baukosten bei Errichtung von Wohnungen für Körperbehinderte und alte Ehepaare in Gemeinde- bzw. Genossenschaftsbauten;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 381, zum Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Dipl.-Ing. Fuchs und Buchberger, betreffend die Förderung von hauswirtschaftlichen Frauenberufsschulen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 440, über den Abverkauf eines landeseigenen zum Gutsbestande der landwirtschaftlichen Fachschule Grottenhof-Hafendorf gehörigen Grundstückes an Primar Dr. Bernd Schreiner, Vorstand der med. Abteilung des Landeskrankenhauses Bruck a. d. Mur;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 56, Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 444, über den Landesvoranschlag 1968, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 57, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1968;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 448, betreffend den Abverkauf von landeseigenen zum Gutsbestand des Landesgutes Wagna gehörigen Grundstücken an die Gemeinde Wagna;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 449, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1967 — 2. Bericht;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 450, betreffend die Übernahme der Bundesforstgärten in die Verwaltung des Landes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 451, betreffend Verkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 1706/1 der Liegenschaft EZ. 65 der KG. Waltendorf, im Ausmaß von 562 m² an die Stadt Graz zum Kaufpreis von 196.700 Schilling;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 59, Gesetz über die Aufnahme eines Auslandskredites im Gesamtbetrag von 9 Millionen Schweizer Franken bei der Handelsbank in Zürich durch die Stadtgemeinde Graz zur Finanzierung verschiedener Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 454, betreffend den Ankauf von Grundstücken für die Errichtung eines Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 455, über die Aufnahme eines Darlehens von 70 Millionen Schilling bei der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark zur Finanzierung des Sonder-Wohn- und Barackenersatz-Bauprogrammes (2. Abschnitt) im Jahre 1967;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 456, betreffend den Abverkauf der landeseigenen Steinbrüche Burgstall (Landesgut Wagna) und Gamsgebirg (Landesgut Schloßberg) an Ing. Karl Kober.

Dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 405, zum Antrag der Abgeordneten Pözl, Dr. Kaan, Buchberger, Feldgrill, Koller, Dipl.-Ing. Fuchs und Nigl, betreffend die Aussetzung einer Ergreifungsprämie zur Ermittlung der Täter des Minenattentates auf der Porze-Scharte;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 436, zum Antrag der Abgeordneten Fellinger, Brandl, Schön, Ileschitz und Genossen, betreffend den Einsatz der Bundesgendarmerie in St. Stefan ob Leoben;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 58, Gesetz über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates für das Land Steiermark.

Eingelangt ist weiters ein Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes Klagenfurt, betreffend Abg. Dr. Christoph Klauser und zwar wegen Verdachtes des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens nach § 335 StG. (Verkehrsunfall), Einl.-Zahl 446, das ich ebenfalls dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß zuweise.

Dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 284, zum Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Groß und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 285, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen, betreffend Sicherung der Fußgeher, insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 375, zum Antrag der Abgeordneten Groß, Ileschitz, Loidl, Prof. Hartwig und Genossen, betreffend den Ausbau der Landesstraße von der Weinzöttlbrücke bis zur Maut Andritz;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 416, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Ritzinger, Prenner und Karl Lackner, betreffend gezielte Förderungsmaßnahmen für entlegene ländliche Gebiete;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 434, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz und Genossen, betreffend die Aufstockung der Bergbauförderungsmittel;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 442, zum Beschluß Nr. 193 des Steiermärkischen Landtages, betreffend Aufhebung des Ministerratsbeschlusses vom 3. Oktober 1966 über die Schließung des Bergbaues Bergla und des Karl-August-Schachtes in Fohnsdorf mit 31. März 1967;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 367, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Schaffer, Burger und Karl Lackner, betreffend eine baldige Re-

gelung der Eigentumsverhältnisse der Dynamitfabrik St. Lambrecht.

Dem Volksbildungs-Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 452, zum Beschluß Nr. 216 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1966, betreffend die Stundeneinteilung an Polytechnischen Lehrgängen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 346, zum Antrag der Abgeordneten Nigl, Pabst, Feldgrill und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Errichtung einer zentralen Bundesförsterschule als „Höhere Bundeslehranstalt für den Försterdienst“.

Dem Landeskultur-Ausschuß weise ich zu:

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 55, Gesetz über die Regelung der Berufsausbildung in der Land- und Forstwirtschaft (Steiermärkisches Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz 1967).

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

der Antrag der Abgeordneten Burger, Stöffler, Ing. Koch, Dr. Heidinger, Pabst, Jamnegg und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend erhöhten Eisen- und Stahlverbrauch bei Brücken- und Hochbauten;

der Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Nigl und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Rationalisierung der Reinigungsarbeiten in Landesanstalten und sonstigen in der Verwendung durch das Land stehenden Gebäuden;

der Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Burger, Egger und Jamnegg, betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Auszahlung eines Taschengeldes für Befürsorgte, auch wenn sie länger als vier Wochen im Spital sind;

der Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Jamnegg, Egger, Burger und Lind, betreffend die Erhöhung der Heimleiterinnenzulage in den Bezirksaltersheimen;

der Antrag der Abgeordneten Schrammel, Buchberger, Dipl.-Ing. Schaller und Prenner, betreffend eheste Aufnahme der Regulierungsarbeiten an der Feistritz, insbesondere an deren Unterlauf;

der Antrag der Abgeordneten Schaffer, Pözl, Ing. Koch und Feldgrill, betreffend eine Abänderung des steirischen Lustbarkeitsabgabegesetzes;

der Antrag der Abgeordneten Sebastian, Fellinger, Ileschitz, Schön und Genossen, betreffend den vermehrten Zusatz von Stahlkonstruktionen bei Brückenbauten.

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Ich erteile nun Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek das Wort.

Erster Landeshauptmannstellv. DDr. Schachner-

Blazizek: Die Finanz- und Budgetpolitik ist wahrscheinlich die interessanteste, sie ist, weil eigentlich alles auf der Welt mit dem lieben Geld zusammenhängt, vermutlich die umfassendste und sie ist, ob die Dinge gut oder schlecht stehen, von der obersten Führung abgesehen, zweifellos die gewichtigste unter allen politischen Aufgaben, nur merkt man das immer erst, wenn es schlechter oder wenn es überhaupt nicht mehr geht. Da es aber Leute in Österreich gibt, die darüber, wie es ist, wenn es schlecht um die Finanzen steht und über ihre

Schwierigkeiten mit der Frage, wie es weitergehen soll, ein viel eindrucksvolleres Lied singen können als ich, möchte ich es bei diesen paar Feststellungen über das äußere Wesen des Finanzressorts belassen, dämpfend vielleicht hinzufügen, daß das Interessante an dieser Sparte mit der Schwierigkeit der Materie, das Umfassende mit intensiver Arbeit und das Gewichtige damit bezahlt werden muß, daß die Führung dieses Bereiches, wie Sie wissen, eigentlich eine ziemlich undankbare Sache ist, im übrigen aber vermerken, daß es kaum etwas Abwechslungsreicheres geben dürfte als eben dieses Ressort, das mit fast jedem Wandel aller anderen politischen und verwaltenden Vorgängen befaßt ist und bei allen gestaltenden und regelnden Maßnahmen dafür zu sorgen hat, daß sie auf tragbarer finanzieller Basis, daß sie nicht auf flüchtigem Grund, sondern auf solidem Boden getroffen werden, daß Entstehendes auf haltbare Fundamente gestellt wird, daß Begonnenes sinnvoll fortgesetzt werden kann und daß Entstandenes dauernd erhalten bleibt.

Bei meiner ersten Budgetrede haben mich leise Zweifel darüber geplagt, daß ich möglicherweise gezwungen sein würde, mit veränderten Ziffern zwar, aber inhaltlich immer wieder das Gleiche bei der Einführung eines Voranschlags sagen zu müssen, solange ich das Finanzressort zu führen haben werde. Das Leben und die Zeit, in der wir leben, der Fortschritt, die Turbulenz, die Bewegung aller Bereiche und die Rasanzen aller Bewegungen haben mich eines besseren belehrt.

Heute, da ich zum achten Male vor Ihnen stehe, um den Budgetentwurf für das nächste Jahr vor dem Hohen Haus und vor der Öffentlichkeit zu vertreten, weiß ich längst, daß jedes Budget unter anderen Vorzeichen entwickelt werden muß, daß jeder Voranschlag von anderen Bedingungen diktiert wird und daß jedes Haushaltsjahr mit einer immer wieder veränderten Konstellation auf uns zukommt. Die Wahrnehmungen der Jahre, die seit jenem Zeitpunkt vergangen sind, in dem mir das Finanzreferat anvertraut wurde, und eine auf mehr als 30 Jahre zurückreichende finanzielle und budgetäre Erfahrung auf der Ebene der Gemeinden und der Bezirksverbände haben mich längst davon überzeugt, daß eine sinnvolle Finanz- und Budgetpolitik nicht in der sturen Abwandlung von Vorgängen in einem vorgezeichneten Rahmen bestehen kann, daß Routine in keinem Fall die Prüfung und die Kenntnis der Vorgänge ersetzen soll und daß Genauigkeit im Einzelnen und Gewissenhaftigkeit im Kleinen zwar notwendig ist, aber niemals so weit gehen darf, daß die politischen und wirtschaftlichen Ziele von der Verwaltung überschattet, von der Gesetzgebung behindert oder von der Rechtsprechung übersehen werden.

Eine sinnvolle Finanz- und Budgetpolitik besteht auch nicht in der verkalkten Anwendung eines vorhandenen Wissens auf Vorgänge des Lebens mit dem Ziel, den Ablauf des Geschehens nach diesem Wissen zu gestalten und erst recht nicht in der Zulassung von unerprobten Theorien und nicht genügend erfahrenen Spezialisten, denen bei allem Fachwissen die tiefe Kenntnis der Zusammenhänge aller Erscheinungen fehlt. Eine wirklich sinnvolle Finanz- und Budgetpolitik kann nur in einer höchst

flexiblen Anpassung fester Grundsätze an die ständig sich verändernden Verhältnisse des Lebens und der Wirtschaft bestehen. Eine wirklich sinnvolle Finanz- und Budgetpolitik kann auch nicht von heute auf morgen zustandekommen, sondern sie muß von langer Hand vorbereitet und auf die bei aller Veränderung im einzelnen auf lange Sicht ausmaßlich zutreffende Tendenz der Entwicklung ausgerichtet werden und eine wirklich sinnvolle Finanz- und Budgetpolitik muß mit Bedacht und Überlegung gemacht und jederzeit auf gewissenhaft geprüfte Grundlagen gestützt werden, weil Fehler allzu schnell begangen sind und weil deren Wirkungen von der Verwaltung nicht aufgefangen und von der Politik wegen der natürlichen Scheu vor dem Zurückstecken nicht oder kaum mehr gutgemacht werden können.

Ich sage das alles sehr bewußt, meine Damen und Herren, nicht um einer möglichst klingenden Einleitung wegen, sondern deshalb, weil es in einer politisch und wirtschaftlich offenkundig immer härter werdenden Zeit von Tag zu Tag notwendiger werden wird, unser Tun und Lassen darauf auszurichten, weil es von Tag zu Tag notwendiger werden wird, Einfälle und Wünsche, Vorstellungen und Sehnsüchte, Gedanken und Ideen, die um so leichter geboren werden, wenn die Ausführung von anderen bezahlt werden soll, dorthin zu verweisen, wo sie hingehören, und weil es von Tag zu Tag notwendiger werden wird, sich auf das für die Gegenwart Notwendige und für die Zukunft Unumgängliche zu konzentrieren.

Notwendig in diesem Sinn ist mit Vorrang vor allem anderen

1. die Schaffung neuer Arbeitsplätze anstelle der unvermeidbar auslaufenden und noch wichtiger, die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze soweit sie angesichts der Fortschritte von Wissenschaft und Technik und angesichts der Bedingungen der Wirtschaft und der Wirtschaftlichkeit überhaupt gehalten werden können, wobei diese Erhaltung während des Überganges soweit als irgend vertretbar von jeder Seite im Interesse der Vermeidung weit größerer Verluste als die der Defizite der gefährdeten Betriebe gestützt werden muß — im Bergbau genauso wie in der Landwirtschaft, im Gewerbe genauso wie in der Industrie und in der Privatwirtschaft genauso wie in der Gemeinwirtschaft aller Sparten.

Von der Erhaltung und Schaffung leistungsfähiger Betriebe und Unternehmungen, deren Größenordnung und deren Konzentration in allen Bereichen der Wirtschaft den Erfordernissen der Sparten anzupassen ist, kommen die Arbeitsplätze, von einer genügenden Anzahl fundierter Arbeitsplätze kommt die Vollbeschäftigung, kommt die Arbeit und die Existenz für jedermann und von der Arbeit und davon, daß in der zur Arbeit bestimmten Spanne seines Lebens jeder arbeiten kann, leben wir, meine Damen und Herren! Von nichts anderem, weil alle Schönheit des Lebens erst nach getaner Arbeit und nur dann genossen werden kann, wenn die Voraussetzungen der Teilnahme erarbeitet wurden.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, das so aufzufassen, wie es gemeint ist, dezidiert und ohne Vorbehalt, aber im weitesten Sinne des Wortes und

mit dem Bewußtsein alles dessen, was an Ausbildung und an kultureller Aufrüstung zur Schaffung und zur Erhaltung moderner Arbeitsplätze und dazu gehört, diese Plätze mit geeigneten Menschen zu besetzen.

Notwendig in diesem Sinne, meine Damen und Herren, ist ferner mit Abstand und Vorrang,

2. daß wir unser Land wirtschaftsgeographisch und verkehrspolitisch mit den Mitteln unserer Zeit den Bedingungen und Erfordernissen unserer Zeit einordnen. Auf die Größe eines Landes und auf die Ausdehnung seiner Grenzen kommt es heute nicht mehr so sehr an und wird es in Zukunft immer weniger ankommen. Es kommt darauf an, ob und wie es an die Welt angeschlossen ist, und darauf, ob, unter welchen Bedingungen und mit welcher Intensität es ihm gelingt, gute Kontakte, gute Beziehungen und gute Verbindungen mit seinen näheren und weiteren Nachbarn und mit der ganzen Welt zu halten. Dazu gehören Autobahnen, dazu gehören Straßen, dazu gehören gute Eisenbahnen, dazu gehören Flugplätze und Flugverbindungen und dazu gehören Menschen, die das Land und seine Wirtschaft auf allen Märkten bestens vertreten, und Menschen, die die Welt gut bei uns aufnehmen, und dazu gehören wirtschaftliche Einrichtungen aller Art, die es uns ermöglichen, alle Welt gut zu bedienen.

Und notwendig in diesem Sinne ist

3. daß wir in der Konjunkturflaute, in der wir uns unbestreitbar befinden, in der Zeit mangelnder Investitionsmöglichkeiten und mangelnder Investitionslust der Wirtschaft und in der Zeit bestehender und drohender Schwierigkeiten im Bereiche weiter Teile namentlich unserer Industrie mit allen Mitteln versuchen, die schon mit dem Budget des heurigen Jahres bewußt eingeleitete außerordentliche Vermehrung unserer Investitionen weiterhin zu halten und sie so weit als irgendmöglich noch zu steigern.

Das Maß dessen, was wir in dieser Beziehung zu leisten vermögen, muß allerdings gewissenhaft ausgewogen und so festgesetzt werden, daß wir es schlimmstenfalls einige Jahre durchzuhalten vermögen, denn nichts wäre schlechter, als in Zeiten einer womöglich noch verstärkten Gefahr und vermehrter Erschwernisse die Investitionen abbremsen oder Begonnenes auf dem halben Weg einer notwendigen und angebahnten Umstrukturierung der Wirtschaft wieder aufgeben zu müssen.

Daß wir aber in dieser Beziehung einfach das Äußerste tun müssen, kann keinem Zweifel unterliegen. Das Österr. Institut für Wirtschaftsforschung berichtete im Oktober dieses Jahres, daß sich die Konjunktur weiter abgeschwächt hat, daß die Industrieproduktion in ganz Österreich schon unter den Vorjahresstand abgesunken ist, daß die Bauwirtschaft heuer ihre Kapazität nicht mehr voll ausnutzen konnte und daß die Konjunkturflaute sich bereits auf dem Arbeitsmarkt spürbar auszuwirken beginnt.

Und die steirische Wirtschaft ist auf Grund der Ihnen hinlänglich bekannten Tatsachen noch um einiges schwächer und gefährdeter als die Wirtschaft anderer Teile Österreichs. Unsere Industrieproduktion ist in den letzten 10 Jahren bei an sich guter Allgemeinentwicklung nur mehr halb so

stark gewachsen als die Industrieproduktion Österreichs. Unsere Industriebeschäftigung ist in diesem Jahrzehnt fast in jenem Maß gefallen, in dem sie im österreichischen Durchschnitt noch zu wachsen imstande war. Der Beschäftigtenstand unseres Landes war schon zu Ende des vorigen Jahres geringer als ein Jahr zuvor und die Industrieproduktion hat schon im vorigen Jahr stagniert, während sie im österreichischen Schnitt noch um etwa 4 Prozent gewachsen ist. Und, meine Damen und Herren, im Jahre 1967, das wissen Sie alle so gut wie ich, sind die Verhältnisse in unserer Wirtschaft nicht besser, sondern um einiges schlechter und bedrohlicher geworden.

Ich glaube, mit gutem Grund und mit gutem Recht am Beginn meiner Rede zum Budget des kommenden Jahres sagen zu können, daß der Budgetentwurf für das Jahr 1968, den ich Ihnen heute mit allen Anlagen namens der Landesregierung und als Landesfinanzreferent unterbreiten kann, bei aller Vielfalt seiner Ansätze den drei Haupterfordernissen eines unserer Zeit angepaßten Ausgabenrahmens entspricht, daß der Entwurf bewußt auf diese drei Haupterfordernisse ausgerichtet ist und daß darüber hinaus mit allen anderen Bereichen der Landesverwaltung und der Wirtschaft im Lande schonend und pfleglich, aufgeschlossen und fortschrittlich verfahren wurde.

Ich kann mich bei dieser Aussage auf die Zeugsenschaft der Regierungsbank berufen; die Tatsache, daß der Budgetentwurf nach langen, mühevollen und ersten Beratungen von der Landesregierung einstimmig beschlossen wurde, gibt mir jedenfalls Grund zu dieser Annahme und zu dem guten Gefühl, daß zwar wahrscheinlich kein Ressortchef alles das erhalten hat, was er haben wollte, daß aber, wenn überhaupt, die Enttäuschungen wenigstens gleichmäßig verteilt sind (Abg. Scheer: „Auch auf den Herrn Landeshauptmann?“), daß schließlich jeder Referent einigermaßen befriedigt werden konnte und daß ganz bestimmt jedem etwas mehr als das unbedingt Notwendige zuteil geworden ist.

Pressevertreter haben es für ein Kuriosum gehalten, daß der ordentliche Voranschlag nach intensivster Beratung durch die Landesregierung dennoch genau mit jener Einnahmen- und Ausgaben-summe von der Regierung beschlossen worden ist, die ich als Finanzreferent ohne Vorberatung, auf einsamer Höhe sozusagen (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Diktatur!“), festgelegt und zur Beschlußfassung vorgeschlagen habe. Um der Wahrheit die Ehre zu geben und weil mir eine gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten viel wichtiger ist als der Ruhm einsamer Höhen, möchte ich feststellen, daß der ordentliche Haushalt inhaltlich gegenüber meinen Ansätzen um 12,9 Millionen verändert wurde, um die besonderen, zum Teil bei Beginn der Budgeterarbeitung im Juni noch gar nicht bekannt gewordenen Wünsche und Anforderungen der einzelnen Referenten zu berücksichtigen — mit meiner Ausnahme natürlich, denn das Leben des Finanzreferenten hat eben viele Schattenseiten —.

Diese interne Verschiebung, die in der Regierung zustande gekommen ist, beträgt 4 Promille des gesamten Volumens des ordentlichen Voranschlags, sie ist also in keiner Weise gewichtig, aber

ich vermerke sie der Ordnung halber. Und weil ich weder in der Lage bin, die Millionen zu vermehren, noch Lust dazu habe, die Einnahmen überhöht anzusetzen, um das durch diese Veränderung entstandene, wenn auch nur ganz kleine Loch zu überbrücken, habe ich die Ausgaben des Finanzressorts dort, wo dies möglich und hoffentlich auch vertretbar war, nämlich bei den Zinsen, die ich möglicherweise ersparen kann, beim Ankauf von Wertpapieren, den ich verschieben oder unterlassen werde, beim Ansatz für Liegenschaftskäufe, die eben unterbleiben müssen, und bei einem Deckungskredit, der allenfalls auch durch einen Vorgriff zu bereinigen ist, wenn es gar nicht anders geht, so verändert, daß die Summe gleichgeblieben ist.

Der ordentliche Haushalt des Landes ist nach diesem Entwurf mit Einnahmen und Ausgaben von je 3 Milliarden und 133 Millionen ausgeglichen.

Das Gewicht des ordentlichen Haushaltes, in dem alle laufenden und immer wiederkehrenden Einnahmen und Ausgaben und darüber hinaus alle jene einmaligen Aufwendungen, zusammengefaßt sind, die zwar einmal da und einmal dort auftreten, in ihrer Gesamtheit aber der dauernden Erhaltung des Bestehenden und der dauernden Bewältigung des Notwendigen dienen, brauche ich in diesem Kreise weder zu erläutern noch zu betonen. Die Bedeutung dessen, daß dieser ordentliche Haushalt ausgeglichen ist, daß alle diese Ausgaben, wie schon seit vielen Jahren so auch im kommenden Jahr zur Gänze durch Einnahmen, und zwar durch echte, realistisch veranschlagte Einnahmen bedeckt sind, kann ich nicht genug unterstreichen.

In dieser Tatsache liegt die schwerwiegendste Aussage, die über das bevorstehende Haushaltsjahr hinaus im Rahmen der dem menschlichen Ermessen gesetzten Grenzen für die Zukunft des Landes gemacht werden kann.

Ich muß diese Aussage allerdings diesmal durch Hinzufügung von Feststellungen ergänzen, die einerseits die Nähe der Gefahrengrenze beleuchten und andererseits beweisen, daß wir bei der Planung des Rahmens wirklich an die Grenze des Möglichen und des noch Vertretbaren herangerückt sind.

1. Nämlich, weil es zur Herstellung des Haushaltsausgleiches notwendig war, die Investitionsrücklage mit 15 Millionen für die teilweise Bedeckung der Straßen- und Brückenbauten des ordentlichen Haushaltes heranzuziehen, eine Maßnahme, die auf die Dauer nicht durchgehalten werden kann und die bisher immer vermieden werden konnte;

2. weil zur Bereinigung des generellen Abganges erstmals die Ausgleichs- und Betriebsmittelrücklage mit 68,6 Millionen herangezogen werden mußte, um eine rigorose Kürzung der freiwilligen Ausgaben hintanzuhalten, die sonst unvermeidbar gewesen wäre, eine Maßnahme, die auch nur solange möglich ist, als in dieser Rücklage Gelder vorhanden sind; und

3. weil ich, ebenfalls zum ersten Mal seit vielen Jahren, die Ertragsanteile des Landes an den gemeinschaftlichen Bundesausgaben in jener Höhe veranschlagt habe, die von der Verbindungsstelle empfohlen wurde, eine Höhe, die nicht ohneweiters erreicht werden wird, und eine Maßnahme,

die deswegen bedrückend ist, weil den während des Jahres auftretenden unvorhergesehenen Mehrausgaben keine Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich gegenüberstehen werden, so daß ich schon heute bitten muß, Verständnis dafür zu haben, daß Anträge auf Bedeckung über- und außerplanmäßiger Mehrausgaben während des Jahres durch das Finanzressort kaum eine Aussicht auf die bisher gewohnte, immerhin meist recht großzügig gehandhabte Bewilligung haben werden.

Zur Bekräftigung des Ernstes dessen, was ich in dieser Beziehung zu sagen habe, muß ich Sie, meine Damen und Herren, mit einigen Ziffern vertraut machen.

Ich habe die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben der Empfehlung der Verbindungsstelle folgend mit 1,394 Millionen, also um 94 Millionen höher als im Budget 1967, angesetzt, obwohl wir allein durch die Einkommensteuerreform etwa 95 Millionen bei unserem Anteil aus der Lohnsteuer und aus der Einkommensteuer verlieren werden und obwohl die Erhöhung, die der Verbindungsstelle bei allen gemeinschaftlichen Abgaben vorschwebt, gerade für die Steiermark mit 3,1 % extrem taxiert erscheint. Für das Burgenland wird nämlich nur eine Erhöhung von 1,3 %, für Kärnten um 1,7 %, für Niederösterreich um 2,7 %, für Oberösterreich um 1 %, für Salzburg um 2,5 %, für Tirol um 2 %, für Vorarlberg um nur 0,1 % und für Wien um nur 0,5 % vorgesehen. Die Tatsache, daß die so ermittelten Ertragsanteile der Steiermark im kommenden Jahr erstmalig gleich hoch sein würden, als die des Landes Oberösterreich, ist eigentlich geradezu alarmierend und mahnt zu äußerster Vorsicht in der Beurteilung dieser Ziffer.

Diese Vorsicht und die unbedingt gebotene Bedachtsamkeit einer haltbaren Budgetpolitik veranlassen mich, gewisse Sicherungsmaßnahmen für die Erhaltung des Gleichgewichtes im Haushalt zu vertreten und im Einvernehmen mit der Regierung zur Beschlußfassung durch das Hohe Haus vorzuschlagen und zwar:

1. daß die vorgesehenen Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt in der Höhe von insgesamt 24 Millionen erst dann freigegeben werden, wenn aus den Gebarungsergebnissen des ersten Halbjahres 1968 festgestellt werden kann, daß die Ertragsanteile tatsächlich in der veranschlagten Höhe einfließen werden, und daß

2. eine Freigabe des letzten Jahresrests der freiwilligen Förderungsabgaben nur dann und nur insoweit erfolgen darf, als dies von der Einnahmenseite her zu rechtfertigen ist.

Zwar nicht zu diesen Maßnahmen gehörend, aber doch in einem unmittelbaren Zusammenhang damit stehend ist die Tatsache, daß mit diesem Steigen der Ertragsanteile, wenn es eintritt, automatisch der Kopfquotenausgleich sinken muß. Ich habe ihn daher um 14,8 Millionen niedriger angesetzt als im heurigen Budget, wobei zum Beweis der Richtigkeit dieser Maßnahme gesagt werden muß, daß ich bei diesem Ansatz im Jahre 1967 der Empfehlung der Verbindungsstelle Folge geleistet habe, daß aber schon heuer um 12 Millionen weniger eingegangen sind als präliminiert war.

Man könnte mich natürlich nun fragen, warum

ich dann überhaupt die Ertragsanteile für das kommende Jahr in der von der Verbindungsstelle vorgeschlagenen Höhe angesetzt habe. Die Antwort darauf ist ebenso einfach wie kompliziert.

1. War ich nämlich dazu gezwungen, weil ich sonst in weiten Teilen des Haushaltes zu Kürzungen gegenüber dem Voranschlag des Jahres 1967 gezwungen gewesen wäre oder die bewußten Hauptstoßrichtungen des Budgets vernachlässigen hätte müssen, und

2. weil der präliminierte Ansatz immerhin noch weit hinter den Ansätzen zurückbleibt, die ich unter Berufung auf den Finanzminister aus dem Bundesbudgetentwurf ableiten hätte können, was allerdings in jedem Falle zu einer, dem Bundesbudget vergleichbaren Misere im Landeshaushalt führen würde, ja unvermeidbar führen müßte.

Nach der Veranschlagung des Bundesbudgetentwurfes für das Jahr 1968 würden die Ertragsanteile für das Land Steiermark mit 1,498 Millionen zu beziffern, also um rund 104 Millionen höher sein als ich sie tatsächlich veranschlagt habe. Es besteht aber nicht nur nach meiner, sondern auch nach der Überzeugung aller Landesfinanzreferenten in Österreich — ohne Rücksicht auf die Couleur — kein Zweifel darüber, daß der Finanzminister die veranlagte Einkommensteuer um etwa 900 Millionen, die Lohnsteuer um etwa 500 Millionen, die Umsatzsteuer um 500 bis 600 Millionen, die Mineralölsteuer um fast 100 Millionen und die anderen gemeinschaftlichen Bundesabgaben auch um einiges zu hoch veranschlagt haben dürfte, so daß die Gebarung des Bundes im Jahre 1968 von der Einnahmenseite her einen ähnlichen, vielleicht nicht ganz so krassen Zusammenbruch erleben wird wie im heurigen Jahr, in dem die Einnahmen des Bundes insgesamt um 3 bis 3,5 Milliarden hinter den im Budget 1967 ausgewiesenen Erwartungen zurückbleiben.

Eine Übertragung dieser Ziffern in den Landeshaushalt hieße aber, das Debakel der Bundesfinanzen in das Land zu tragen und am Ende des Jahres dann in anderen Maßstäben zwar, aber immerhin das gleiche tun zu müssen, was dem Finanzminister heuer nicht erspart geblieben ist, nämlich in teure Anleihen unzutreffender Deklaration zu flüchten und in kurzfristige und ebenso teure Verbindlichkeiten zu beißen, deren Bereinigung am Ende der Laufzeit nur zu neuen noch größeren Schwierigkeiten führen kann.

Im übrigen, meine Damen und Herren, war die Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt des Landes und das Zustandebringen eines ausgeglichenen Voranschlages für das Jahr 1968 deshalb so schwierig, weil trotz der Veranschlagung der Ertragsanteile in einem über das Bisherige weit hinausgehenden Maß die gesetzlichen und vertraglichen Pflichtausgaben des Landes wesentlich stärker wachsen als die ohnehin sehr hoch veranschlagten Einnahmen. Die erwartete echte Einnahmensteigerung beträgt 5,3 %, der Personalaufwand z. B. steigt, um nur eine und zwar die am meisten ins Gewicht fallende Steigerung der Pflichtausgaben herauszugreifen, insgesamt um 145 Millionen oder 16 % und der Gesamtrahmen aller Ausgaben des öffentlichen Haushaltes mußte schließlich um fast 18 % höher angesetzt werden als für das Jahr

1967 bei einer erwarteten Einkommensteigerung von 5,3 %. Dann wissen Sie auch, wie schwer es ist, einen solchen Haushaltsausgleich herzustellen.

Zu dieser Ausweitung des Gesamtrahmens muß freilich im Interesse absoluter Klarheit und Sauberkeit bemerkt werden, daß in ihr auch Durchlaufer und neue Aufgaben enthalten sind, die den Haushalt nicht belasten, weil den zusätzlichen Ausgaben zusätzliche Einnahmen gleicher Höhe gegenüberstehen. Hierher gehört im kommenden Jahr insbesondere der mit 92,6 Millionen bemessene Bundesbeitrag zur Abwicklung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhauswiederaufbaufonds. Man könnte aber in diesem Zusammenhang auch, wenngleich mit geringerer Bedeutung und geringerem Gewicht auf die Steigerung anderer Kostenersätze und Beiträge verweisen, die ursächlich mit den damit gekoppelten Mehrausgaben verbunden sind, auf die Verschiebung bei den Bauleitungs- und Projektierungskosten für Bundesbauten oder auf die um 3,5 Millionen steigende Veranschlagung der Bedarfszuweisungen an die Gemeinden usw.

Im übrigen möchte ich zur Einnahmenseite des Budgets nur noch darauf verweisen, daß die aus der eigenen Steuerhoheit des Landes kommenden Einnahmen zwar mit insgesamt 46,4 Millionen um 4,2 Millionen höher veranschlagt sind als 1967, daß sie aber immer noch lächerlich gering und für die allgemeine Bedeckung der Ausgaben insofern nahezu völlig bedeutungslos sind, als sie entweder überhaupt zur Gänze für bestimmte Zwecke gewidmet sind, wie die Feuerschutzsteuer, Herr Kollege (zu Landesrat Peltzmann gewendet), die Fremdenverkehrsabgabe, Herr Kollege (zu Landesrat Wegart gewendet), der Zuschlag zur Lustbarkeitsabgabe für Kriegsoffer, Herr Kollege Gruber, oder, Herr Präsident (Präs. Kaan: „Ich weiß schon!), die Jagdabgaben, mit gewissen Auflagen behaftet, also auch bereits angeknabbert sind.

Ich möchte ferner nicht verfehlen, auf die mit etwa 35 Millionen veranschlagten Mehreinnahmen der Kranken-Heil- und Pflegeanstalten und der Sonderkrankenhäuser hinzuweisen, Herr Kollege Sebastian, denen allerdings eine viel gewaltigere Steigerung bei den Personalausgaben dieser Anstalten gegenübersteht.

Und es scheint mir schließlich auf der Einnahmenseite erwähnenswert zu sein, daß die Kapitalerträge nahezu gleich hoch veranschlagt sind wie alle landeseigenen Abgaben zusammen, mit dem Unterschied allerdings, daß sie ausschließlich zu allgemeinen Deckungszwecken herangezogen werden, ja und vielleicht auch noch, daß es mir möglich war, diese Erträge seit dem Antritt meines Amtes zu verzehnfachen.

Ich glaube, Sie werden mir dankbar sein, meine Damen und Herren, wenn ich auch die Ausgaben-seite des ordentlichen Budgets nicht anders und nicht intensiver durchleuchte als die Einnahmen, umso mehr als viele Einzelheiten darüber ohnehin heute schon in den Tageszeitungen stehen.

In diesem Sinne wird es vielleicht notwendig sein, zum Personalaufwand Stellung zu nehmen. Der im Sammelnachweis Nr. 1 ausgewiesene Gesamtpersonalaufwand des Landes beträgt im nächsten Jahr 969 Millionen, das sind 30,9 % der Ge-

samtausgaben des ordentlichen Haushaltes. Die Relation zu den Gesamtausgaben des Landes ist also gleich hoch wie heuer. Wenn man allerdings jene Gebarung ausscheidet, die dem Landeshaushalt im Jahre 1968 zusätzlich einverleibt wird, und wenn man die zur Deckung des ordentlichen Haushaltes herangezogenen Rücklagen außer Betracht läßt, steigt der Personalaufwand von bisher 31 % auf 33,4 % der bereinigten Gesamtausgaben. Der Personalaufwand der Hoheitsverwaltung also der Personalaufwand der Landesregierung und aller ihrer Behörden und Ämter in erster und zweiter Instanz beträgt nach Abzug der Erstattungen nur 10,3 % aller ordentlichen Ausgaben des Landes. Der gesamte darüber hinausgehende Personalaufwand liegt in den Anstalten und Schulen.

Der Aufwand für das Schulwesen steigt um 19 Millionen von bisher 140,9 auf 159,9 Millionen. Der Beitrag zu den Bezügen der Berufsschullehrer ist um rund 3 Millionen höher. Unser Beitrag zu den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen ist durch die 3 %ige Vermehrung unseres dafür eingetauschten Umsatzsteueranteiles vorerst noch gedeckt. Für die außerschulische Jugenderziehung und für die Sportförderung sind etwa 10 Millionen vorgesehen.

Für das Kulturwesen sind im ordentlichen Voranschlag um 6,8 Millionen mehr veranschlagt als 1967, insgesamt also nahezu 74 Millionen. Der Zuschuß an die Vereinigten Bühnen und an das Orchester beträgt 22 Millionen, unser Beitrag für den laufenden Aufwand der Akademie für Musik und Darstellende Kunst umfaßt bereits 4 Millionen ohne die im außerordentlichen Voranschlag zur Verfügung stehenden Mittel für Investitionen an den Gebäuden und Anlagen dieser Hochschule.

Der Fürsorgeaufwand steigt um 20 Millionen auf über 172 Millionen, von denen allerdings 77 Millionen wieder erstattet werden. Die Blindenbeihilfe und die Behindertenhilfe kosten bereits 40 Millionen.

Der präliminierte Abgang der Krankenanstalten aller Art beträgt 234 Millionen im ordentlichen Haushalt, dazu kommt der Bau- und Einrichtungsaufwand dieser Sparte im ao. Haushalt und der Schuldendienst für die zu diesen Bauten aufgenommenen Darlehen. Die wirklichen Sorgen in der Führung dieser Anstalten, mit denen sich die Landesregierung eingehendst befaßt hat, kommen von der Unmöglichkeit kostendeckender Pflegegebühren und davon, daß der Personalaufwand dieser Anstalten fast schon 63 Prozent ihres Gesamtaufwandes schluckt.

Für die gesamte Wohnbauförderung einschließlich des Sonder-Wohnbauprogramms des Landes, einschließlich des Landes-Wohnbauförderungsfonds und einschließlich jener Wohnbauförderung, die bisher vom Bund durchgeführt wurde, stehen im Landesbudget 1968 rund 516 Millionen zur Verfügung, das sind um fast 170 Millionen mehr als im Budget 1967. Von diesem Mehr entfallen auf die Wohnbauförderung, die bisher vom Bund besorgt wurde, 92,6 Millionen. Über die Möglichkeiten und Wege, den Rückfall auszugleichen, der von der Bundesseite her insofern entsteht, als z. B. im Jahre 1967 aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 140,7 Millionen und aus dem Wohnhauswiederauf-

baufonds 173,2 Millionen in die Steiermark geflossen sind, sind intensive Verhandlungen und Bemühungen im Gange. Im Interesse aller Wohnungsuchenden und aller jungen Leute in diesem Lande muß ich hinzufügen, daß diese Verhandlungen mit aller Energie und mit allem Nachdruck geführt werden müssen.

Für Wasserbauten aller Art sind rund 87 Millionen veranschlagt. Das ist eine Steigerung um 13,4 Millionen oder 18 Prozent. Für das Feuerwehrwesen sind fast 12 Millionen, für die unmittelbare Förderung der Land- und Forstwirtschaft sind nahezu 97 Millionen oder um 6 Millionen mehr vorgesehen als nach dem Budget des heurigen Jahres. Für das landwirtschaftliche Schulwesen sind einschließlich der diesbezüglichen Bauten des ao. Haushaltes Ausgaben von 52 Millionen in Aussicht genommen. Die Gewerbeförderung des ordentlichen Haushaltes beträgt 12,5 Millionen, die des Fremdenverkehrs 43 Millionen, für Katastrophenschäden sind 10 Millionen veranschlagt.

Und schließlich wäre zur Ausgabenseite noch zu bemerken, daß die Landesbetriebe und Unternehmungen mit Ausnahme der Landeseisenbahnen und der Landwirtschaftsbetriebe aktiv gebaren. Der Abgang der Landeseisenbahnen beträgt, abgesehen von den für das Investitionsprogramm zur Verfügung gestellten Mitteln bereits 22,8 Millionen. Der Abgang aller Landwirtschaftsbetriebe ist nunmehr auch schon auf 4,5 Millionen gestiegen.

Sie ersparen es mir hoffentlich, meine Damen und Herren, zu den Vorhaben des ao. Voranschlages im einzelnen Stellung zu nehmen und aufzuzählen, was in diesem Teil des Haushaltes geschaffen und geleistet wird.

Der ao. Haushalt sieht Ausgaben von insgesamt 423,2 Millionen vor, von denen 284 Millionen bedeckt sind. Die Bedeckung kommt mit rund 90 Millionen aus der Investitionsrücklage, mit 15 Millionen aus einer inneren Anleihe, mit rund 25 Millionen aus Bundesbeiträgen und mit 131 Millionen aus vorgesehenen Darlehensaufnahmen.

Die Ausgaben des ao. Haushaltes weichen von meinem ursprünglichen Budgetvorschlag stärker ab als die des ordentlichen. Die Regierung hat die bedeckten Ausgaben um rund 35 Millionen erweitert. Vier von diesen 35 Millionen konnten aus der Investitionsrücklage zur Verfügung gestellt werden, der Rest in Höhe von 31 Millionen soll durch Aufnahme von Darlehen aufgebracht werden. Darlehen freilich sind nur Vorgriffe, meine Damen und Herren, sie erhöhen zwar die Ausgabemöglichkeiten im Augenblick, aber sie müssen eines Tages mit Zinsen zurückgezahlt werden. So gesehen ändert sich auch an dem von mir vorgeschlagenen Budgetkonzept für den ao. Haushalt eigentlich nichts als die Termine und die Zinsen, denn auch die vier Millionen von der Investitionsrücklage können so oder so nur einmal ausgegeben werden. Im Interesse des betonten Vorziehens gewisser wichtiger Aufgaben bin ich aber durchaus bereit, diese Verlagerung zu vertreten.

Ansonsten wäre natürlich zum außerordentlichen Haushalt noch zu sagen, daß die derzeit in Arbeit stehenden Vorhaben insgesamt einen Aufwand von 750 Millionen umfassen, daß die veranschlagten und projektierten weiteren Bauten, von denen einige

1968 schon begonnen werden, und die für Strukturmaßnahmen veranschlagten Mittel des ao. Haushaltes eine weitere Milliarde kosten werden und daß an Wünschen aller Art kein Mangel besteht.

Ich habe damit vielleicht alles wesentlich Scheinende zu dem Ihnen vorliegenden Budgetentwurf gesagt, aber ich glaube, daß es einige Feststellungen gibt, die wahrscheinlich für die Beurteilung dieses Entwurfes, für die Beurteilung unserer Finanzlage und für die Beurteilung dessen, was das Land Steiermark leistet, noch wesentlicher sind als das schon Gesagte.

Dazu gehört zunächst einmal die Tatsache, daß die Jahresrechnung 1966 noch mit einem Überschuß von 13 Millionen abgeschnitten hat, der der Betriebsmittelrücklage zugeführt wurde. Dazu gehört die Feststellung, daß den im heurigen Jahr bereits beschlossenen Mehrausgaben von über 120 Millionen unter Bedachtnahme auf den Abfall des Kopfquotenausgleiches aus dem Finanzausgleich zwar nur Mehreinnahmen von etwa 59 Millionen gegenüberstehen werden, daß es uns aber bei äußerster Zurückhaltung gegenüber allen gewünschten Mehrausgaben in den letzten Wochen dieses Jahres gelingen wird, auch das Rechnungsjahr 1967 ohne Abgang abzuschließen und dazu gehört die Feststellung, daß die Vermögenslage des Landes bei allen Veränderungen im einzelnen dennoch unverändert gut ist.

Ich habe, wenn Sie mir diese fast zu persönliche Bemerkung erlauben, bei Antritt meines Amtes als Landesfinanzreferent einen Schuldenstand von 234 Millionen übernommen und ich war und bin meinem Vorgänger für dieses Haushalten mit den Mitteln im Interesse einer dauerhaften Leistungsfähigkeit des Landes überaus dankbar. Die Betriebsmittelrücklage hat damals beim Antritt meines Amtes 32,6 Millionen Schilling und die Investitionsrücklage hat nicht ganz 200.000 Schilling betragen. Ich war in der Zwischenzeit zur Durchführung des ersten großen Sonderwohnbauprogramms von 200 Millionen, der schon bewältigten Teile des zweiten Sonderwohnbau- und Barackenersatzprogramms und zur Bewältigung aller möglichen anderen großen Vorhaben gezwungen, den Schuldenstand zu erhöhen, aber ich habe versucht, mit Hilfe von inneren Anleihen und unter Ausnützung aller denkbaren finanztechnischen Maßnahmen den Schuldenstand nach außen im Interesse der Vermeidung von Zinsen und Kosten immer so gering als möglich zu halten, und ich habe alles daran gesetzt, höher verzinsliche Darlehen sogar vorzeitig zurückzuzahlen und alle anderen Möglichkeiten verringerter Schulden und vermehrter Erträge auszuschöpfen. Der am Ende des vergangenen Jahres ausgewiesene Schuldenstand beträgt 204 Millionen. Er ist um 30 Millionen geringer als im Zeitpunkt des Antrittes meines Amtes, was allerdings nicht heißt, daß ich bei sinkenden Einnahmen oder flüssiger werdenden Anforderungen nicht gezwungen wäre, innere Anleihen in Darlehen umzuwandeln. Immerhin aber sei vergleichsweise darauf hingewiesen, daß der Schuldenstand des Bundes 1960 22 Milliarden und zu Ende 1965 28 Milliarden betragen hat, während er zu Ende 1967 etwa 34 Milliarden beträgt und, wenn von Budgetvorschaun auch nur irgendetwas gehalten werden kann, bis

1970 auf mindestens 47 Milliarden steigen wird.

Und was dagegen die Aussage über einen sogar gegenüber der Zeit meines Amtsantrittes verminderten Schuldenstand des Landes in Wirklichkeit bedeutet, wird vielleicht erst dann ganz offenkundig, wenn ich hinzufüge, daß wir in den Jahren meiner Führung des Finanzressorts allein für Investitionen in das Landesvermögen und für Investitionsförderungen weit mehr als fünf Milliarden Schilling ausgegeben haben.

Man hat mir kürzlich berichtet, daß in den Jahren meiner Amtsführung durch gezielte Verfügung über die Kassenmittel 173 Millionen Schilling an Zinsen erwirtschaftet wurden und daß durch innere Anleihen allein in den letzten drei Jahren 16 weitere Millionen an Zinsenleistungen erspart werden konnten. Ich habe nicht darnach gefragt und ich habe diese Angaben nicht überprüft, aber sie sind, denke ich, ganz schön, wenn sie stimmen. Und diesen Ziffern, meine Damen und Herren, steht für die Zeit meiner bisherigen Amtsführung eine Zinsenleistung des Landes für seine Verbindlichkeiten von insgesamt 89 Millionen gegenüber.

Während der Bund im Jahre 1968 6,4 Prozent aller Mittel seines Gesamthaushaltes für den Schuldendienst aufwenden muß, sind es beim Land heuer nur 1,8 Prozent der gesamten Ausgaben.

Würde unser Schuldendienst im selben Verhältnis zum Gesamtbudget stehen wie beim Bund, dann wären derzeit 225 Millionen jährlich für den Schuldendienst erforderlich. Der Schuldendienst des Bundes beträgt pro Kopf der österreichischen Bevölkerung derzeit 769 Schilling. Der Schuldendienst unseres Landes dagegen beträgt pro Kopf der steirischen Bevölkerung 47 Schilling. Auf den Einwohner gerechnet ist daher der Schuldendienst des Bundes etwa 16mal so groß als der des Landes Steiermark.

Daß dabei die konjunktur- und wachstumspolitische Beweglichkeit des Bundesbudgets immer kleiner und die unseres Budgets immer größer wird, bedarf, glaube ich, keiner Betonung und daß wir sehr wohl befähigt sind, eine antizyklische Budgetpolitik zu betreiben, während beim Bund von einer solchen nur mehr geredet werden kann, muß ich Ihnen, meine Damen und Herren, nicht erst erzählen. (Landeshauptmann Krainer: „Es wäre sehr interessant, z. B. auch mit der Stadt Graz einen Vergleich anzustellen!“) Auch das steht jedermann frei, aber man müßte Graz dann auch mit allen übrigen Gemeinden Österreichs vergleichen. (Landesrat Sebastian: „Fürstenfeld!“ — Landesrat Wegart: „Man könnte auch mit England vergleichen!“) Die englische Regierung muß mit den Schwierigkeiten fertig werden, die ihr die frühere konservative Regierung hinterlassen hat! (Landesrat Peltzmann: „Aber unser Finanzreferent hat ja das Glück, daß er eine verständnisvolle schwarze Mehrheit hat!“)

Ich glaube sagen zu können, daß wir aber nicht nur in dieser Beziehung sparsam und äußerst überlegt verwalten. Ein Vergleich mit dem Bundeshaushalt 1968 zeigt z. B., daß der Sach- und Zweckaufwand beim Bund nicht nur absolut, sondern auch relativ steigt, während er beim Land relativ vermindert wird. Unser Sachaufwand für alle Behörden, Einrichtungen und Anstalten des Landes be-

trägt z. B. nur 155 Millionen, der gesamte Zweckaufwand nur 339 Millionen und ich könnte die Reihe aller dieser Aussagen beliebig fortsetzen, um das rechte Bild der Art und des Aufwandes unserer Verwaltung und unserer Wirtschaftsführung zu vervollständigen.

Allein ich glaube, daß das alles zu weit führen würde und daß ich ohnehin schon um Nachsicht für den Umfang meiner Ausführungen bitten muß. (Landeshauptmann Krainer: „Keine Beschränkung der Redezeit!“)

Abschließend allerdings, meine Damen und Herren, könnte ich nicht, ohne wieder zum Ausgangspunkt meiner Betrachtungen zurückzukehren, zu dem, was getan werden muß, um das für die Gegenwart Notwendige zu bewältigen und das für die Zukunft Unumgängliche vorzubereiten.

Nur in Schlaglichtern möchte ich darauf Bezug habend noch sagen, daß wir für den Bau und die Erhaltung von Landesstraßen und -brücken im kommenden Jahr fast doppelt so viel ausgeben werden als an Kraftfahrzeugsteuer und Mineralölsteuer eingeht, zum Unterschied vom Bund, der seine gesamten Ausgaben für den Straßenbau und die Straßenerhaltung seit Jahren ausschließlich aus den zweckgebundenen Steuern deckt, daß im nächsten Jahr insgesamt 312 Millionen für die Landesstraßen zur Verfügung stehen, also wieder um 40 Millionen mehr als heuer und daß in diesem Rahmen z. B. der Ausbau der Gaberlstraße als Entlastung der Strecke Bruck—Graz beschleunigt vorgezogen werden soll.

Sagen möchte ich in diesem Sinne noch, daß die für Strukturpolitik heuer erstmalig präliminierten Budgetmittel im kommenden Jahr wieder um mindestens 15 oder sogar um 20 Millionen erhöht werden, so daß samt den verfügbaren Resten des heurigen Jahres im kommenden Jahr mehr als 170 Millionen für diesen Zweck bereitliegen werden, ein Betrag, der ein Mehrfaches seiner eigenen Höhe in Bewegung setzen kann, wenn es gelingt, die geeigneten Betriebe anzusetzen und damit die benötigten Arbeitsplätze zu schaffen.

Und sagen möchte ich schließlich in aller Kürze, daß wir vom Haushalt des Landes her wahrhaftig alles tun, um durch gigantische Investitionen unser Möglichstes für die Wirtschaft zu leisten. Die Bruttoinvestitionen des Bundeshaushaltes 1968 betragen nach dem dem Parlament vorliegenden Entwurf 11,4 % der Gesamtausgaben des Bundes ohne Eventualbudget (Abg. Ritzinger: „16 %!“), 11,4 %, Herr Kollege, schauen Sie sich die Vermögensgebarung an, 11,4 % der gesamten Ausgaben des Haushaltes ohne das Eventualbudget, für das ja noch keine Bedeckung da ist. (Landesrat Wegart: „Warum denn wohl? Das ist zustandegekommen mit Ihrer Hilfe, das wissen Sie doch besser als wir! Das ist ja eine reine Demagogie. Das dürfen Sie sich doch nicht leisten!“) Wenn Sie das Demagogie nennen, was in Zahlen erwiesen ist, Herr Kollege, dann weiß ich nicht, ob Sie nicht die Begriffe von Demokratie, in der alles gesagt werden muß, was notwendig ist, und Demagogie verwechseln. (Beifall bei der SPÖ.) (Landeshauptmann Krainer: „Das ist die größte Lüge dieses Jahrhunderts!“ — Abg. Stöffler: „Ein bißchen weniger Kritik und ein bißchen weniger Laudatio wäre der

Sache mehr dienlich!“ — Landeshauptmann Krainer: „Sind Sie hier Opposition? Dann werden wir Sie anders behandeln, wenn Sie hier Opposition spielen wollen. Das ist eine wichtige Klarstellung. Wenn Sie hier Opposition sein wollen, dann sagen Sie es!“)

Meine Damen und Herren, das hat nichts mit Polemik, das hat nichts mit Demagogie, das hat nichts mit Laudatio zu tun, das ist eine schlichte Gegenüberstellung der Ziffern des Landeshaushaltes (Abg. Paßst: Eine persönliche Lobhudelei und die dauert bereits eine Stunde!“ — Abg. Heidinger: „Aber, meine Herren, wir haben es doch alle miteinander gut gemacht!“)

Meine Herren, wenn Sie glauben, daß ich mich in Ziffern belobhudeln kann, in erwiesenen Ziffern, oder daß ich den Bund schlecht machen kann in erwiesenen Ziffern, dann überschätzen Sie doch meine Möglichkeiten — und es handelt sich um nichts als um eine schlichte Gegenüberstellung von Ziffern. Ich sage Ihnen, im Bundeshaushalt sind 11,4 % der Gesamtausgaben ohne Eventualbudget für Bruttoinvestitionen vorgesehen, (zahlreiche unverständliche Zwischenrufe — Glockenzeichen des Präsidenten) im Landesbudget sind nach dem Entwurf, den ich Ihnen heute namens der Landesregierung unterbreiten kann, meine Damen und Herren — ich weiß nicht, warum Sie sich darüber aufregen.

(Abg. Dr. Eichinger: „Wegen des Eigenlobs haben wir uns aufgeregt!“) Das ist kein Eigenlob, das sind Ziffern, sage ich Ihnen noch einmal. Im Landesbudget sind für Bruttoinvestitionen nicht weniger als 42,6 % der Gesamtbudgetsumme vorgesehen, und das bedeckt vorgesehen. Auf den Kopf der österreichischen Bevölkerung, meine sehr verehrten Damen und Herren, es tut mir ja leid, daß Sie sich so angegriffen fühlen (Abg. Ritzinger: „Wir fühlen uns nicht angegriffen, wir wollen nur die Wahrheit!“ — Landesrat Bammer: „Der versteht es ja nicht!“) Das ist ja die Wahrheit! (Zwischenruf von der ÖVP: „Nein!“) Dann beweisen Sie mir das Gegenteil! (Abg. Ritzinger: „Wenn schon die Wahrheit, dann die richtige Wahrheit. Man kann Zahlen jederzeit verwenden, man kann sie so verwenden, wie man will. Wenn man von den Investitionen des Bundes spricht, dann auch vom Eventualbudget, das gehört auch dazu!“) Herr Kollege, darf ich Ihnen folgendes dazu sagen: Erstens: Ich habe hinzugefügt, ohne Eventualbudget, weil es noch nicht bedeckt ist und weil ich bei meiner Gegenüberstellung auch die unbedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes nicht hinzugerechnet habe. Zweitens haben Sie dazwischengerufen, daß es 16 % beim Bund sind; meine Herren, von mir aus, obwohl es nicht stimmt, wären es 16 % beim Bund, beim Land Steiermark sind es immerhin 42,6 % und das ist immerhin auch ein Dreifaches. (Landesrat Wegart: „Ein Glück für Sie, daß Sie nicht dieselben Lasten tragen müssen, die das Bundesbudget zu tragen hat, dann würden Sie heute eine andere Rede halten!“ — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Stöffler: „Dann kann man auch nicht von einem ‚Debakel‘ des Bundes reden!“) Natürlich, Herr Kollege, ich bin ja auch sehr zufrieden darüber, daß ich diese Last nicht zu tragen habe. Ich bin sehr zufrieden darüber, daß ich Ihnen mit sol-

chen Ziffern nicht aufwarten muß. Auf den Kopf der österreichischen Bevölkerung umgerechnet, meine Damen und Herren, betragen die Bruttoinvestitionen des Bundes (Landeshauptmann Krainer: „Ohne Eventualbudget, meinen Sie! Das muß klar und deutlich gesagt werden!“) ohne Eventualbudget (Landesrat Peltzmann: „Das Eventualbudget ist doch nicht anders als beim Landesbudget. Sie müssen ja auch mit Ziffern operieren, die gesperrt sind!“ — Abg. Zinkanell: „Warum ärgert Ihr Euch, wenn es in Ordnung geht bei uns?“)

Herr Landeshauptmann, ich folge Ihrem Formulierungswunsch: Auf den Kopf der österreichischen Bevölkerung umgerechnet betragen die Bruttoinvestitionen des Bundes ohne Eventualbudget 1.365 Schilling, auf den Kopf der steirischen Bevölkerung umgerechnet betragen die Bruttoinvestitionen des Landes Steiermark ohne die unbedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes 1.330 Schilling. Der Bundeshaushalt, meine Damen und Herren, ist 24mal so groß als der Haushalt des Landes, er ist in der Relation zur Bevölkerung etwa dreimal so stark als der Haushalt des Landes, und dennoch investieren wir im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Menschen des Landes pro Einwohner fast gleich viel wie der Bund. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Meine Damen und Herren, wenn Sie sich über diese Schau der steirischen Wirtschaft, der Wirtschaft, die im Lande Steiermark seit Jahren so geführt wird, aufregen, können Sie mir nur leid tun. Wenn Sie sich darüber aufregen, daß ich das mit dem Bund vergleiche, meine Damen und Herren, dann können Sie offenbar Wahrheiten nicht vertragen. (Abg. Ritzinger: „Über Ihre Verdrehungstaktik regen wir uns auf!“ — Landesrat Peltzmann: „Über die Verdrehungen regen wir uns auf!“ — Landeshauptmann Krainer: „Sie gehen immer an der Schneide!“)

Ich habe wörtlich gesagt, ohne Eventualbudget, vom Anfang an. (Abg. Stöffler: „Von Ihnen müßte man andere Vergleiche erwarten. Wenn Sie solche Vergleiche stellen, dann müssen Sie auch einen Vergleich der Verpflichtungen der einzelnen Gebietskörperschaften anstellen! Darüber werden wir dann in der Generaldebatte noch sprechen! Mich stört nur die Art, wie Sie die Vergleiche stellen!“) Herr Kollege Stöffler, darüber besteht ja gar kein Zweifel. Ich habe ja gesagt, daß die wachstums- und konjunkturbedingten Möglichkeiten des Bundesbudgets immer weiter eingeengt werden und daß sie bei uns zufolge eines geringeren Schuldenstandes und geringerer Schwierigkeiten und geringerer Verpflichtungen, die wir auf uns genommen haben, weiter geworden sind. Und das ist eine Feststellung, meine Damen und Herren, die ja für das ganze Land positiv ist. Ich verstehe nicht, was Sie da in Aufregung versetzt. (Abg. Stöffler: „Wir freuen uns ja auch darüber, aber wir haben ganz gute Ohren. Wir wissen, daß wir es nicht mit einem Anfänger in Dialektik zu tun haben. Das Wort ‚Debakel‘ ist jedenfalls eine Polemik, dadurch haben Sie die Debatte ins Leben gerufen. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir Ihre Ausführung als Polemik bezeichnen. Wir haben den Ton nicht hereingebracht!“ — Landesrat Wegart: „Darauf kriegen Sie noch die Antwort. Das ist eine Zersetzungstaktik!“ — Landesrat Gruber: „Ihr

kriegt die Antwort bei den Wahlen!“ — Landesrat Bammer: „Die Aufregung ist verständlich bei den Wahlergebnissen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Kollege Stöffler, Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß ich eine Veranlassung habe, zu polemisieren. Ich denke gar nicht daran. Ich arbeite mit Ziffern, meine Herren. (Abg. Stöffler: „Dann wundern Sie sich nicht, wenn wir Ihre Ausführungen als Polemik betrachten. Das gehört zu Ihrer Zersetzungstaktik!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat alles mit Zersetzungstaktik nichts zu tun, nicht das Leiseste zu tun, wenn ich auch Ihre Nervosität begreifen kann. (Unverständliche Zwischenrufe.) Aber, meine Damen und Herren, wenn in einer Budgeteinbegleitungsrede gesagt werden kann, daß wir auf den Kopf des Einwohners umgerechnet fast genau so viel investieren (Landesrat Wegart: „Ja sind die Steirer anders als die Österreicher, das sind dieselben Köpfe!“ — Landeshauptmann Krainer: „Und das Eventualbudget? Das ist ja die Täuschung!“) Meine Damen und Herren, Herr Landeshauptmann und wenn Sie's dazurechnen, rechnen Sie es doch dazu, dann werden Sie sehen, daß der Unterschied immer noch äußerst gering ist. Aber rechnen Sie dann bei uns auch die unbedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes dazu. (Landesrat Sebastian: „Wenn wir 3 1/2 Milliarden aufnehmen, damit wir die Gehälter bezahlen können!“ — Landesrat Wegart: „Das ist die Logik, wenn wir zu wenig investieren, dann heißt es, es ist kein Geld da, nehmen wir Darlehen auf, dann sind wir Schuldenmacher, das ist Ihre Logik.“ — Unverständliche weitere Zwischenrufe.)

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen folgendes: Wenn ich vor dem Hohen Haus feststelle, daß wir glücklicherweise in der Lage sind, aus dem steirischen Landesbudget in die Wirtschaft ebensoviel oder nahezu ebensoviel zu investieren wie der Bund, ohne Eventualbudget, dann Hohes Haus, ist das, glaube ich, in der Zeit, in der wir leben und in der Zeit, der wir offenbar entgegengehen, die entscheidendste Aussage über unsere Finanzpolitik und deswegen habe ich sie gebracht. Die entscheidendste Aussage über unsere Wirtschaftsführung und die entscheidendste Aussage zum Budget für diejenigen, die wir hier in der Landstube zu vertreten haben, für die Großen und die Kleinen in unserem Lande, für die Alten und die Jungen, für das Leben und die Wirtschaft in unserem Land. (Landeshauptmann Krainer: „Nicht für alle!“)

Wenn ich Sie, meine Damen und Herren, nun bitte, den Budgetentwurf für das Jahr 1968 mit allen dazu vorliegenden Anträgen und mit allen Anlagen anzunehmen, das Haushaltsgesetz für das kommende Jahr zu beschließen und dann in absehbarer Zeit den Entwurf für ein dauerndes Gesetz über die Führung des Landeshaushaltes gütig zu beraten, dann tue ich das namens der Regierung und ich tue es nicht, ohne allen denen zu danken, die beim Zustandekommen des Entwurfes mitgewirkt haben; nicht ohne dem Herrn Landeshauptmann und meinen Kollegen in der Regierung für die verständnisvolle Art der Beratung zu danken; nicht ohne denen, die mir bei der Ausarbeitung und Fertigstellung geholfen haben, dem Herrn Hof-

rat Dr. Morokutti als dem Vorstand der Finanzabteilung und dem Bearbeiter des gesamten Materials und Leiter der Budgetgruppe, Herrn Rechnungsrat Otto Ramschak die gebührende Anerkennung und Würdigung ihres vorbildlichen Wirkens zu zollen, nicht ohne die immer exakten Leistungen des Herrn Landesrechnungsdirektors und der Buchhaltung hervorzuheben und nicht ohne allen Vorständen, allen Abteilungen, allen Behörden, allen Anstalten und allen Betrieben des Landes meinen Dank für die Mitarbeit auszudrücken. Allem voran aber möchte ich den Menschen unseres Landes für alles das danken, was sie mit ihrer Arbeit, mit ihrer Leistung, mit ihrer Haltung und mit ihrem Fleiß dazu beigetragen haben, daß wir imstande sind, im Rahmen unserer Möglichkeiten eine gute Finanzpolitik zu planen, und was sie dazu beitragen werden, sie so zu verwirklichen, wie sie gedacht ist.

Und Sie, meine Damen und Herren, möchte ich bitten, alles das, was ich Ihnen zu unterbreiten hatte, nicht als Polemik, sondern wohlwollend aufzunehmen und mich wenn möglich gnädig zu behandeln!

Präsident: Wir gehen zur Tagesordnung über.

1. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 400, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Schaffer und Burger, betreffend die Verlegung eines der „Höchstgerichte“ in die Landeshauptstadt Graz.

Berichterstatter ist Herr Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten hiermit das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 4. Juli 1967 wurde der Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Schaffer und Burger, betreffend die Verlegung eines der „Höchstgerichte“ in die Landeshauptstadt Graz, der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat einen Bericht dazu gegeben, wonach das Bundesministerium für Justiz mitteilt, daß es mit Interesse den Wunsch der Steiermark zur Kenntnis genommen habe und nach Möglichkeit auch berücksichtigen werde. Das Bundesministerium weist nur darauf hin, daß angesichts der Gesetzeslage dazu eine Rechtsvorschrift im Verfassungsrang notwendig wäre, die im Parlament eine Zweidrittelmehrheit finden müßte.

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 18. September 1967 wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Karl Lackner, Schaffer und Burger, betreffend die Verlegung eines der „Höchstgerichte“ in die Landeshauptstadt Graz, wird zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich mit diesem Antrag in seiner letzten Sitzung befaßt und namens des Ausschusses darf ich das Hohe Haus bitten, diesem Antrag der Landesregierung stattzugeben.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

2. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 52, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz abgeändert wird. (1. KALG.-Novelle).

Berichterstatter ist Herr Abg. Gerhard Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gerhard Heidinger: Hohes Haus! Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 9. Oktober 1967 den § 148 lit. b des ASVG. wegen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes aufgehoben.

Dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes entsprechend, hat die Steiermärkische Landesregierung die vorliegende Novelle, Einl.-Zahl 490, des Krankenanstaltengesetzes eingebracht.

§ 1 lautet: „Im § 55 ist die Absatzbezeichnung 1 zu streichen. Abs. 2 entfällt.“

§ 2 lautet: „Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1967 in Kraft.“

Für den Verfassungs-Ausschuß stelle ich den Antrag um Annahme.

Präsident: Mangels Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händedezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

In Anschluß an den Finanz-Ausschuß werden am 6. Dezember 1967 der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß sowie der Landeskultur-Ausschuß zu einer Sitzung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 11.45 Uhr.